

## **NIEDERSCHRIFT Rat/028/2013**

über die Sitzung des **Rates der Stadt Billerbeck** am 21.03.2013 im Sitzungssaal  
des Rathauses.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp  
Herr Hans-Joachim Dübbel-  
de  
Herr Bernhard Faltmann  
Herr Ludger Kleideiter  
Herr Bernhard Kortmann  
Herr Bernd Kösters  
Herr Dr. Wolfgang Meyring  
Frau Brigitte Mollenhauer  
Herr Thomas Schulze Tem-  
ming  
Herr Franz-Josef Schulze  
Thier  
Herr Werner Wiesmann  
Herr Franz Becks  
Frau Sarah Bosse  
Herr Jürgen Brunn  
Herr Hans-Jürgen Dittrich  
Frau Margarete Köhler  
Herr Hans-Joachim Spengler  
Herr Thomas Tauber  
Herr Ralf Flächter  
Frau Maggie Rawe  
Herr Ulrich Schlieker  
Herr Dr. Rolf Sommer  
Herr Helmut Knüwer  
Herr Hubert Maas  
Herr Helmut Geuking

ab TOP 3 ö. S.

Von der Verwaltung:

Herr Peter Melzner  
Herr Hubertus Messing  
Herr Gerd Mollenhauer  
Herr Martin Struffert  
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:20 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Rawe stellt den Antrag, zusätzlich den Tagesordnungspunkt „Raumkonzept für die drei weiterführenden Schulen in Billerbeck“ aufzunehmen. Durch die Zeitung habe sie erfahren, dass es zwar eine Einigung gegeben habe, aber einige Eltern hiermit nicht zufrieden seien und bis zu den Osterferien eine Regelung gefunden werden sollte. Deshalb sehe sie es als dringlich an, in der heutigen letzten Sitzung vor den Osterferien hierüber zu beraten.

Frau Dirks weist darauf hin, dass die Tagesordnung nur bei entsprechender Dringlichkeit erweitert werden dürfe. In diesem Fall gehe sie davon aus, dass der Tagesordnungspunkt der Information diene und kein Beschluss erforderlich sei. Deshalb sehe sie kein Problem, die Tagesordnung zu erweitern. Der Punkt sollte als zweiter Tagesordnungspunkt beraten werden, damit die hierzu anwesenden Zuschauer nicht unnötig warten müssten.

Diesem Vorschlag wird **einstimmig** gefolgt.

Herr Dittrich reklamiert den fehlerhaften Bezug unter TOP 12. ö. S. „Freibadsaison 2013; hier: Eingabe des Fördervereines und CDU-Fraktionsantrag zur Abdeckung des Beckens“. Die Abdeckung des Freibadbeckens sei aber heute kein Thema. Deshalb stelle er in Frage, ob heute ein rechtmäßiger Beschluss zu diesem Tagesordnungspunkt gefasst werden könne.

Frau Dirks weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt so in der Schul- und Sportausschusssitzung betitelt wurde. Der Sitzungsvorlage sei eindeutig zu entnehmen, dass es heute um die Eintrittspreise gehe. Rechtliche Probleme sehe sie nicht.

## **TAGESORDNUNG**

### **I. Öffentliche Sitzung**

#### **1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Herr Messing berichtet über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

#### **2. Raumkonzept im Schulzentrum "An der Kolvenburg"**

Frau Dirks schildert zunächst den Sachverhalt und den Verlauf der Erarbeitung des Raumkonzeptes. Der aus Eltern, Schülern und Lehrern bestehende Arbeitskreis habe nach mehreren Sitzungen mehrheitlich beschlossen, dass die Haupt- und Realschüler gemeinsam im Hauptschulgebäude unterrichtet werden und die Gemeinschaftsschule das Real- schulgebäude nutzt.

Der Arbeitskreis habe daraufhin seine Arbeit eingestellt und deutlich ge-

macht, dass nun an der Umsetzung gearbeitet werden müsse. Nach ihrem Kenntnisstand werden deshalb nach den Osterferien die Schulpflegschaften gemeinsam tagen. Des Weiteren sei ein Elternbrief mit den entsprechenden Informationen an Schüler und Eltern versandt worden. Die Schulpflegschaftsvorsitzende habe im Auftrag des Arbeitskreises die Presse und den Schulträger informiert. Auf der anderen Seite sei aber auch bekannt, dass nicht alle Eltern mit der mehrheitlich beschlossenen Lösung einverstanden seien.

Frau Rawe führt aus, dass sich einige Eltern an Vertreter der CDU- und SPD-Fraktion sowie die Grünen gewandt hätten, weil sie mit dem Ablauf, wie die Entscheidung über das Raumkonzept zustande gekommen sei, nicht einverstanden seien. Die Eltern hätten moniert, dass ihnen keine Zeit gelassen wurde, ein alternatives Konzept zu entwickeln und vorzustellen. Vorher sei bereits im Arbeitskreis abgestimmt worden. Sie hätten das Gefühl, dass ihre Arbeit nicht Wert geschätzt werde und fühlten sich unverstanden. Die Vertreter der drei Fraktionen hätten sich daraufhin entschlossen, das Thema im Rat aufzugreifen, weil danach die Osterferien beginnen.

Nach ihren Informationen seien verschiedene Modelle diskutiert und dann ein Beschluss gefasst worden, so Frau Dirks. Sowohl die Haupt- als auch die Realschule trügen das beschlossene Raumkonzept mit. Nun versuchten diejenigen, die den Beschluss nicht mittrügen, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Die Schulen hätten ein großes Interesse daran, dass jetzt wieder Ruhe einkehre.

Herr Schlieker betont, dass es ihm nicht darum gehe zu beurteilen, welches Konzept gut oder schlecht sei. Das sei nicht die Aufgabe der Kommunalpolitiker. Es gehe um den Schulfrieden und die Ruhe, die nun wieder einkehren müsse. Er wünsche, dass der Gruppe, die ein alternatives Konzept erarbeitet habe, die Gelegenheit zur Vorstellung dieses Konzeptes eingeräumt werde.

Frau Dirks macht deutlich, dass eine mehrheitlich getroffene Entscheidung auch von denjenigen akzeptiert werden müsse, die diese Entscheidung nicht mittrügen.

Frau Mollenhauer hält es für äußerst wichtig, dass endlich wieder Ruhe in das Schulleben einkehrt. Leider sei das Verfahren in der Vergangenheit nicht optimal gelaufen, wodurch Aufruhr entstanden sei. Wenn die Schüler und Eltern rechtzeitig mitgenommen worden wären, wäre das nicht passiert. Diese Unruhe könne man sich nicht leisten, deshalb sollte die Bürgermeisterin noch einmal mit den Schülern sprechen. Es stehe unbestritten fest, dass den anderen Schülern bei der Gründung der Gemeinschaftsschule versprochen wurde, dass sich für sie räumlich nichts ändere.

Frau Dirks betont, dass die überwiegende Mehrheit von Schülern und Eltern das Konzept mittrage. Richtig sei, dass es keine 100%-ige Zustimmung gegeben habe.

Herr Dittrich stellt fest, dass es eine 100%-ige Zustimmung kaum geben werde. Hier gehe es um eine grundsätzlich schwierige Situation. Dass es bei einer neuen und zwei auslaufenden Schulen Reibungsprozesse gebe, sei klar. Der Schul- und Sportausschuss habe beschlossen, dass in den Gremien ergebnisoffen diskutiert werden sollte. Nun sei extreme Kritik laut geworden, dass Druck seitens des Schulträgers aufgebaut und eben nicht ergebnisoffen diskutiert wurde. Auch sei es nicht in Ordnung, wenn eine innerhalb der Schule begonnene Befragung unterdrückt werde. Man sollte sehen, dass der Prozess in einer vernünftigen Art laufe, damit Ruhe einkehre. Die Problematik könne hier nicht geklärt werden. Hier werde massiver Protest an dem Ablauf geäußert.

Frau Dirks stellt klar, dass es sich um einen von der Schule initiierten Prozess handle, den der Schulträger nur begleitet habe. Der Schulträger habe sich auch nicht eingemischt, sondern lediglich für Fragen und Informationen zur Verfügung gestanden. Der Arbeitskreis habe eine mehrheitliche Entscheidung getroffen, die zur Kenntnis genommen werden sollte.

Herr Brockamp stellt ebenfalls fest, dass der Prozess unglücklich gelaufen sei. Nun sei man aber am Ende eines demokratischen Prozesses angelangt und sollte die demokratisch getroffene Entscheidung akzeptieren.

Frau Rawe bedauert, dass Zeitdruck aufgebaut worden sei. Eine Elternpflegschaftsvertreterin habe ihr heute gesagt, dass vor den Osterferien eine Entscheidung getroffen werden sollte, weil ansonsten das Konzept um ein ganzes Jahr verschoben werden müsste.

Frau Dirks entgegnet, dass der Druck nicht vom Schulträger aufgebaut wurde.

Herr Tauber führt aus, dass bereits vor der Beantragung der „Schule für alle“ für die SPD-Fraktion klar gewesen sei, dass durch die neue Schule kein Schüler schlechter gestellt werden dürfe und das gelte auch für das Raumkonzept. Man könne doch nicht sagen, dass der Prozess beendet sei, da noch nicht alle nach dem Schulgesetz zu beteiligenden Gremien entschieden hätten. Der Schulträger müsse im Sinne des Schulgesetzes mit den Schulen zusammenarbeiten und dürfe die Schulen nicht allein stehen lassen.

Frau Dirks konstatiert, dass die Stadt als Schulträger mit den Schulen zusammen arbeite. Es gebe einige Eltern und Schüler, die mit dem Raumkonzept nicht einverstanden seien, das seien aber nicht die Schulen. Alle drei Schulen hätten ihr gesagt, dass sie das Raumkonzept mittragen.

Herr Maas meint, dass hier mit Zeitdruck gearbeitet werde und nicht sensibel genug mit den Jugendlichen umgegangen werde.

Herr Kösters berichtet, dass auch Eltern über das Raumkonzept abgestimmt haben sollen, die das erste Mal an der Sitzung des Arbeitskreises teilgenommen hätten.

Hier werde gesagt, dass sich die Mehrheit für einen Umzug der Realschüler in das Hauptschulgebäude ausgesprochen hätte. Eine Umfrage in zwei Klassen habe aber ergeben, dass sie mehrheitlich im Realschulgebäude bleiben wollen. Daraufhin seien die Schüler an der weiteren Durchführung der Umfrage gehindert worden.

Herr Dittrich führt aus, dass hier im Rat aktive Demokratie praktiziert werde. Vor diesem Hintergrund habe das, was Herr Kösters gesagt habe, ein „Geschmäcke“. Es sei offenbar notwendig, den Prozess hier noch einmal zu besprechen. Bei einer solchen sensiblen Problematik wäre es angezeigt, die Schulkonferenz einzubeziehen, aber das sei vom Schulträger und den Schulleitungen abgelehnt worden.

Frau Dirks erwidert, dass der Schulträger nichts abgelehnt habe und mit den Schulleitungen sehr gut zusammenarbeite. Es sei schwierig, alle auf dem Weg mitzunehmen. Man müsse sich an die Informationen halten, die von den Vertretern der Gremien übermittelt werden.

Herr Brockamp bittet die Bürgermeisterin, noch einmal Gespräche mit den Schulgremien aufzunehmen. Man könne jetzt noch Stunden ohne Ergebnis diskutieren und im Nachhinein alles kaputt machen. Für ihn sei der Prozess abgeschlossen. Er wolle nicht auf weitere Gerüchte eingehen.

Frau Rawe hofft ebenfalls, dass die Bürgermeisterin noch einmal das Heft in die Hand nimmt und versucht, mit den Eltern erneut ins Gespräch zu kommen. Das sei ihr wichtig, damit es in der Schule vernünftig weiter gehen könne.

Herr Geuking beantragt, diesen Tagesordnungspunkt zurück an die Verwaltung zu geben, da er unzureichend bearbeitet sei. Die Verwaltung müsse vernünftige Daten und Zahlen vorlegen.

Er gebe zu, so Herr Schlieker, dass er die Befindlichkeiten bei drei Schulsystemen in zwei Schulgebäuden sicherlich unterschätzt habe. Er wünsche sich, dass Möglichkeiten ergriffen werden, um einen besseren Austausch zu ermöglichen.

Frau Dirks konstatiert, dass dies die Schulen auch erkannt hätten und deshalb gemeinsame pädagogische Tage geplant seien. Sie wolle gerne die Gespräche mit den Eltern und Schülern führen, die dem Konzept kritisch gegenüber stehen, aber nicht mehr ergebnisoffen, sondern um das beschlossene Konzept zu erläutern.

Herr Kortmann stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt zu beenden, aber den kritischen Eltern das Konzept noch einmal zu erläutern.

Herr Geuking erinnert an seinen Antrag.

Frau Dirks weist darauf hin, dass es wenig Sinn mache, den Tagesordnungspunkt an die Verwaltung zurück zu geben. Der Tagesordnungspunkt sei heute vom Rat nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt worden, so dass die Verwaltung keine Möglichkeit zur Vorbereitung gehabt habe.

Deshalb beantrage er, den Tagesordnungspunkt an die Verwaltung zwecks Aufarbeitung zurückzugeben, so Herr Geuking. Er sei nicht bereit, ohne Zahlen und Fakten vorliegen zu haben, zu diskutieren. Er bitte, über seinen Antrag abstimmen zu lassen.

Der Antrag des Herrn Geuking wird mit **1 Ja-Stimme, 9 Nein-Stimmen, 15 Enthaltungen abgelehnt.**

Dann lässt Frau Dirks über den o. a. Antrag des Herrn Kortmann, den Tagesordnungspunkt zu beenden, aber den kritischen Eltern das Konzept noch einmal zu erläutern, abstimmen.

Der Antrag wird mit **23 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen angenommen.**

### **3. Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses 2009 der Stadt Billerbeck aufgrund des § 96 GO NRW**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses an und fasst folgenden

#### **Beschluss:**

1. Die von der Hahne Revisions- und Treuhandgesellschaft mbH geprüfte und der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügte Bilanz zum 31. Dezember 2009 wird mit einer Bilanzsumme von 82.586.712,02 € festgestellt.
2. Die von der Hahne Revisions- und Treuhandgesellschaft mbH geprüfte und der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügte Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2009 mit einem Fehlbetrag in Höhe von 1.465.224,00 € wird festgestellt.
3. Die von der Hahne Revisions- und Treuhandgesellschaft mbH geprüfte und der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügte Finanzrechnung für das Haushaltsjahr 2009 mit einem Endbestand in Höhe von -724.150,24 € wird festgestellt.
4. Der von der Hahne Revisions- und Treuhandgesellschaft mbH geprüfte und der Sitzungsvorlage beigefügte Anhang zum Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2009 wird festgestellt.
5. Der von der Hahne Revisions- und Treuhandgesellschaft mbH geprüfte und der Sitzungsvorlage beigefügte Lagebericht zum Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2009 wird festgestellt.

7. Der festgestellte Jahresfehlbedarf für das Haushaltsjahr 2009 in Höhe von 1.465.224,00 € wird durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage abgedeckt.

**Stimmabgabe:** 25 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

6. Auf der Grundlage des von der Hahne Revisions- und Treuhandgesellschaft mbH erteilten und der Sitzungsvorlage beigefügten uneingeschränkten Bestätigungsvermerkes wird der Bürgermeisterin Entlastung erteilt. Die Entlastung bezieht sich auch auf die vom Rat bereits am 23. Februar 2012 festgestellte Eröffnungsbilanz

**Stimmabgabe:** 24 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung (ohne Bürgermeisterin)

**4. Umzug des Jugendzentrums in die neu zu schaffenden Räumlichkeiten im Untergeschoss des Realschulgebäudes**

Verwaltungsseitig wird auf die per E-Mail übersandte aktualisierte Kostenaufstellung verwiesen.

Herr Brockamp schlägt vor, festzulegen, dass die jetzt ermittelten Kosten nicht überschritten werden dürfen. Erfahrungen zeigten, dass es teuer werde, wenn eine Stadt baue.

Nach dem Hinweis von Herrn Mollenhauer, dass die Ausschreibungen abgewartet werden müssten, merkt Herr Knüwer an, dass dann die Ausschreibungen so erfolgen müssten, dass der Betrag nicht überschritten werde.

Frau Mollenhauer unterstreicht, dass erst nach verbindlichen Förderzusagen mit dem Umbau begonnen werden dürfe.

Frau Dirks bestätigt, dass die Ausschreibungen erst vorgenommen würden, wenn die Finanzierung gesichert sei.

**Beschluss:**

Dem verwaltungsseitig vorgestellten Umbaukonzept wird zugestimmt. Der Bauantrag ist einzureichen. Nach Zusage der Fördermittel sind die Umbauarbeiten auszuschreiben.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**5. Aufhebung der Zweckbestimmung des Interessentenvermögens und Übertragung der Grundstücke in das Eigentum der Stadt Billerbeck**

Frau Dirks erläutert das Ergebnis der Vorberatungen im Bezirksausschuss und Haupt- und Finanzausschuss. Ein Beschluss sei heute nicht zu fassen. Die in den Vorberatungen geäußerten Hinweise würden aufgenommen und die entsprechenden Beschlüsse vorbereitet.

**6. Aufhebung der Zweckbestimmung des Grundstücks Gemarkung Billerbeck-Kirchspiel, Flur 34, Flurstück 28 der Gesamtheit der Beteiligten in der Zusammenlegung von Gerleve und Übertragung des Eigentums auf die Stadt Billerbeck**

Herr Wiesmann erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauerraum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Geuking beantragt, den Tagesordnungspunkt abzusetzen und an den Bezirksausschuss zurückzuverweisen. Aus der Sitzungsvorlage sei nicht ersichtlich, wo sich die Grundstücke befänden.

Der Antrag wird mit **1 Ja-Stimme, 1 Enthaltung, 23 Nein-Stimmen abgelehnt.**

Der Rat fasst folgenden

**Beschluss:**

1. Die der Sitzungsvorlage beigefügte „Satzung der Stadt Billerbeck über die Aufhebung der Zweckbestimmung des Interessentenvermögens der Gesamtheit der Beteiligten in der Zusammenlegung von Gerleve für das Grundstück Gemarkung Billerbeck-Kirchspiel, Flur 34, Flurstück 28 und Übertragung des Eigentums auf die Stadt Billerbeck“ wird beschlossen.
2. Die Zustimmung der Aufsichtsbehörde ist einzuholen.
3. Die Satzung ist nach Vorliegen der Zustimmung ortsüblich bekannt zu machen.

**Stimmabgabe:** 23 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung

**7. Aufhebung der Zweckbestimmungen der Grundstücke Gemarkung Billerbeck-Kirchspiel, Flur 43, Flurstücke 4, 7 und 9 und Übertragung des Eigentums auf die Stadt Billerbeck**

Herr Geuking beantragt, den Tagesordnungspunkt abzusetzen und an den Bezirksausschuss zurückzuverweisen. Aus der Sitzungsvorlage sei nicht ersichtlich, wo sich die Grundstücke befänden.

Der Antrag wird mit **1 Ja-Stimme, 25 Nein-Stimmen abgelehnt.**

Der Rat fasst folgenden

**Beschluss:**

1. Die der Tischvorlage beigefügte „Satzung der Stadt Billerbeck über die Änderung der Satzung der Stadt Billerbeck vom 04.11.1994 über die Änderung des Rezesses über die Zusammenlegung von Osthehlen-Lutum vom 23.02.1915 für die Grundstücke Gemarkung Billerb-

eck-Kirchspiel, Flur 43, Flurstücke 4, 7 und 9 und über die Aufhebung der Zweckbestimmung des Interessentenvermögens der Beteiligten-gesamtheit von Osthellen für die Grundstücke Gemarkung Billerbeck-Kirchspiel, Flur 43, Flurstücke 4, 7 und 9 und Übertragung des Eigentums auf die Stadt Billerbeck“ wird beschlossen.

2. Die Zustimmung der Aufsichtsbehörde ist einzuholen.
3. Die Satzung ist nach Vorliegen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde und der Landwirtschaftskammer ortsüblich bekannt zu machen.

**Stimmabgabe:** 25 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

**8. Aufhebung der Zweckbestimmung des Interessentenvermögens der Gesamtheit der Beteiligten in der Zusammenlegung von Hamern für die Grundstücke Gemarkung Kirchspiel, Flur 39, Flurstücke 3, 15, 19, 22 u. 98 sowie Flur 40, Flurstücke 21, 44, 98 u. 117**

Herr Geuking befragt die Ratsmitglieder, ob sie wüssten, welche Gebäude sich auf den Flurstücken befänden.

Herr Tauber stellt den Antrag auf Abstimmung.

Nach der Feststellung von Frau Dirks, dass niemand auf die Frage antworten wolle, beantragt Herr Geuking, den Tagesordnungspunkt an den Bezirksausschuss zurückzugeben, da die Ratsmitglieder nicht wüssten, worüber sie abstimmen sollten.

Nach kurzer Erörterung lässt Frau Dirks über den Antrag des Herrn Tauber abstimmen. Dem Antrag wird mit **25 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme zugestimmt.**

Der Rat fasst folgenden

**Beschluss:**

1. Die der Sitzungsvorlage beigefügte „Satzung der Stadt Billerbeck über die Aufhebung der Satzung der Stadt Billerbeck vom 04.11.1994 über die Änderung des Rezesses über die Zusammenlegung von Hamern vom 08.06.1914 und über die Aufhebung der Zweckbestimmungen des Interessentenvermögens der Gesamtheit der Beteiligten in der Zusammenlegung von Hamern und Übertragung des Eigentums auf die Stadt Billerbeck“ wird beschlossen.
2. Die Zustimmung der Aufsichtsbehörde ist einzuholen.
3. Die Satzung ist nach Vorliegen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde öffentlich bekannt zu machen.

**Stimmabgabe:** 25 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

**9. Entwicklung eines Windparks an der Steinfurter Aa  
hier: Weiterentwicklung eines Plankonzeptes**

Herr Schlieker erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauer-  
raum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Ta-  
gesordnungspunkt nicht teil.

Frau Rawe fragt nach, wie der Beschlussvorschlag laute, weil sie nur  
dann wisse, ob sie befangen ist oder nicht.

Frau Dirks erläutert den bisherigen Beratungsverlauf und die Beschluss-  
fassungen. Verwaltungsseitig werde vorgeschlagen, eine Bürgerver-  
sammlung zur Errichtung eines Windparks im Bereich Kentrup durchzu-  
führen und parallel dazu die Verwaltung mit der Einleitung des Flächen-  
nutzungsplanverfahrens zu beauftragen. Dabei werde die Thematik ins-  
gesamt aufgearbeitet und nicht bereits ein Windfeld festgeschrieben.  
Hierüber müsse hinterher der Rat entscheiden. Der Stadtentwicklungs-  
und Bauausschuss habe aber keinen Beschlussvorschlag für den Rat  
gefasst, weil noch Beratungsbedarf in den Fraktionen gesehen wurde.

Daraufhin erklärt sich Frau Rawe für befangen.

Herr Knüwer wirft die Frage auf, ob der Antrag für den Bereich Kentrup  
nicht erst dem Rat vorgelegt und dann an den Ausschuss verwiesen wer-  
den müsse, also im Bezirksausschuss noch gar nicht hätte beraten wer-  
den dürfen.

Frau Dirks stellt klar, dass der Antrag noch nicht im Bezirksausschuss  
beraten wurde, sondern den Mitgliedern zur Kenntnis gegeben wurde.  
Außerdem handele es sich nicht um eine Bürgeranregung im Sinne von §  
24 Gemeindeordnung, die dem Rat vorgelegt werden müsse.

Herr Knüwer und Herr Becks monieren, dass der Antrag heute nicht vor-  
gelegt wurde.

Frau Dirks wiederholt, dass der Antrag allen Ratsmitgliedern und sach-  
kundigen Bürgern per E-Mail zugeleitet wurde.

Frau Mollenhauer erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Verwaltungsvor-  
schlag zustimme. Mit der Einleitung eines Flächennutzungsplanverfah-  
rens vergebe man sich nichts; damit werde noch kein Windfeld festge-  
schrieben. Wichtig sei, dass die Bürgerversammlung Kentrup parallel  
durchgeführt werde, damit nicht noch mehr Zeit vergehe.

Herr Flüchter merkt kritisch an, dass die Ausführungen in der Sitzungs-  
vorlage bereits zu einer Option tendiere. Da zum Zeitpunkt der Erstellung  
der Sitzungsvorlage der Antrag für den Bereich Kentrup noch nicht vorge-  
legen habe, müsse der Beschlussvorschlag ergebnisoffener formuliert  
werden.

Frau Dirks merkt an, dass im Beschlussvorschlag „...wie im Sachverhalt  
beschrieben ...“ gestrichen werden könne.

Herr Knüwer macht deutlich, dass er nicht zustimmen werde. Er wolle, dass vor Planungsbeginn die Bürgerversammlung durchgeführt werde.

Herr Wiesmann wendet ein, dass zunächst eine Befragung der in bestimmten Abständen wohnenden Anwohner erfolgen müsse.

Herr Mollenhauer gibt zu bedenken, dass man doch zunächst das Ergebnis der Bürgerversammlung abwarten müsse, u. U. würde sich dann eine Befragung erübrigen. Im Übrigen rede man seit Jahren über eine Steuerung der Windenergie, um eine Ausschlusswirkung zu erzielen. Der Rat müsse das Heft in der Hand halten und endlich das Verfahren anstoßen, sonst komme man nie zum Ziel.

Herr Wiesmann wiederholt seine Forderung zur Durchführung einer Anwohnerbefragung mit anschließender Gewichtung.

Herr Flüchter meint, dass eine Anwohnerbefragung zur Entscheidungsfindung beitrage und das eine das andere ja nicht ausschließe.

Herr Tauber kritisiert, dass man sich schon wieder mitten im Verfahren befinde. Die Würdigung der berechtigten Interessen des Außenbereiches müsse im Bezirksausschuss stattfinden. Die Zuständigkeiten müssten eingehalten werden.

Der Rat fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Entwurf zur Flächennutzungsplanänderung zu erarbeiten sowie eine Bürgerversammlung Kentrup durchzuführen.

**Stimmabgabe:** 20 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen

**10. 8. Änderung des Bebauungsplanes "Wüllen"**

**hier: Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**

Herr Becks erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauer-raum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Der Rat fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die 8. Änderung des Bebauungsplanes „Wüllen“ entsprechend der Ausführungen vorzubereiten. Parallel wird ein städtebaulicher Vertrag erarbeitet.

**Stimmabgabe:** einstimmig

# **11. Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes "Wüllen"**

## **hier: Grundlagenermittlung zur Änderung des Bebauungsplanes**

Herr Becks erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauer-raum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Flüchter merkt an, dass die Planaufstellung zukunftsorientiert erfolgen sollte.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Antragsteller das Konzept eines Mehrgenerationenhauses weiter aufzuarbeiten. Dabei ist jedoch das Maß der baulichen Nutzung, wie im Sachverhalt beschrieben, beizubehalten. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, im Rahmen ihrer zeitlichen Möglichkeiten eine gesamte Überarbeitung des Bebauungsplanes vorzubereiten.

**Stimmabgabe:** einstimmig

# **12. Wahl der Schiedsperson und der stellvertretenden Schiedsperson für den Amtsbezirk Billerbeck für die Amtszeit vom 01. April 2013 bis 31. März 2018**

Herr Spengler erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauer-raum und nimmt an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Der Rat fasst folgenden

### **Beschluss:**

Für den Schiedsbezirk Billerbeck werden für die Wahlzeit vom 01. April 2013 bis 31. März 2018 Herr Hans-Joachim Spengler als Schiedsperson und Frau Angelika Püth als stellvertretende Schiedsperson gewählt.

**Stimmabgabe:** einstimmig

# **13. Freibadsaison 2013**

## **hier: Eingabe des Fördervereins und CDU Fraktionsantrag zur Abdeckung des Beckens**

Frau Dirks merkt an, dass sich die Verwaltung mit einer Erhöhung der Eintrittspreise schwer tue. Der Vorsitzende des Fördervereins habe geäußert, dass möglichst keine Erhöhung vorgenommen werden sollte, wenn es aber eine Erhöhung geben sollte, dann so, wie es der Verwaltungsvorschlag vorsehe.

Herr Schlieker stellt voran, dass niemand gerne die Eintrittsgelder für das Freibad erhöhe. Im Schul- und Sportausschuss habe aber Einigkeit darüber bestanden, dass die Wassertemperatur angehoben werden müsse, um die Attraktivität des Freibades nicht zu verringern. Da er als Ratsmitglied aber auch für die Finanzen der Stadt zuständig sei und jedes Jahr

erhebliche Zuschüsse ins Freibad flößen, sehe er eine Erhöhung der Eintrittsgelder als notwendig an. Den vorliegenden Verwaltungsvorschlag halte er für ausgewogen und sozialverträglich. Im Vergleich zu den Nachbarbädern seien die Preise zwar leicht höher, aber immer noch erschwinglich. Darum könne er nur appellieren, dem Vorschlag zuzustimmen.

Herr Dr. Meyring hält die Betitelung dieses Tagesordnungspunktes für unglücklich. So werde schnell der Eindruck erweckt als ob aufgrund der gewollten Abdeckung die Eintrittspreise erhöht werden müssen. Die CDU-Fraktion wolle mit ihrem Antrag zur Abdeckung des Beckens Kosten sparen. Er bitte darum, künftig Anträge einzeln aufzuführen und einzeln zu behandeln.

Herr Dittrich spricht sich gegen eine Erhöhung der Eintrittspreise aus, weil im Umfeld attraktive Freibäder vorhanden seien. Durch die Erhöhung der Wassertemperatur werde das Billerbecker Freibad so attraktiv sein, dass die höheren Kosten durch die Mehreinnahmen locker ausgeglichen werden können.

Herr Kösters erklärt, dass er die Eintrittspreise für Kinder nicht erhöhen wolle.

Herr Kleideiter merkt an, dass es am Wetter liege und nicht an einer um 2° erhöhten Wassertemperatur, ob mehr Besucher ins Freibad kommen.

Herr Tauber weist darauf hin, dass man nicht wisse, wie der Sommer werde. Es sollte abgewartet werden, was am Saisonende unter dem Strich stehe.

Herr Geuking lehnt eine Erhöhung ab. Man müsse auch an die finanzschwächeren Familien denken, für die selbst eine geringe Erhöhung schmerzlich wäre. Im Übrigen werde z. B. auch für eine Parkplatzzinstandhaltung keine Gegenfinanzierung aufgetan.

Herr Spengler äußert, dass die Preise so belassen werden sollten und die Temperatur zunächst auf 23° erhöht werden sollte. Dann kämen auch mehr Besucher ins Freibad.

Frau Rawe erinnert daran, dass vor zwei Jahren die Wassertemperatur gesenkt wurde, weil man sich die hohen Kosten nicht mehr leisten konnte. Es werde bereits viel Geld in den Betrieb des Freibades gesteckt. Wenn die Wassertemperatur erhöht werde, müssten die Kosten hierfür irgendwo ausgeglichen werden. Bei dem vorliegenden Verwaltungsvorschlag handle es sich doch nicht um eine exorbitante Erhöhung.

Herr Schlieker weist wie bereits im Schul- und Sportausschuss noch einmal darauf hin, dass man sich für 7.600,-- €, die für die Erhöhung der Wassertemperatur aufgebracht werden müssen, eine Menge Schulsozialarbeit leisten könne.

Herr Knüwer erwidert, dass man von 7.600,-- € keine Schulsozialarbeit bezahlen könne. Zunächst sollte abgewartet werden, welche Mehrkosten für die erhöhte Wassertemperatur in dieser Freibadsaison tatsächlich entstehen und diese Mehrkosten möglichst im allgemeinen Haushalt einsparen.

Herr Tauber erklärt, dass ihm die Gesamtkonsolidierung des Haushaltes sehr am Herzen liege, ebenso wie die Schulsozialarbeit und die Investitionen in die Jugend. Für ihn sei das keine Frage der Abwägung, es gebe viele andere Dinge im Haushaltsplan, die man angehen müsse.

Herr Brockamp stellt den Antrag auf Abstimmung. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Der Rat fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Eintrittspreise werden wie in der Anlage zur heutigen Sitzungsvorlage aufgeführt geändert. Die Gebührenordnung zur Satzung für das Freibad der Stadt Billerbeck wird entsprechend geändert.

**Stimmabgabe:** 15 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen

**14. Anregung gem. § 24 GO NW vom 31.01.2013  
hier: Verkehrssituation im Baugebiet "Am Wüllen"**

Herr Becks erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauer-raum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Markus Nowak begründet die Anregung.

Nach kurzer Erörterung fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

Die Anregung gem. § 24 GO NW vom 31.01.2013 wird an den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss verwiesen. Vor der Sitzung soll ein Orts-termin stattfinden.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**15. Anregung gem. § 24 GO NW vom 04.03.2013  
hier: Gründung eines Jugendstadtrates**

Herr Geuking begründet die Anregung.

Frau Dirks weist darauf hin, dass die Hauptsatzung bereits die Einrichtung eines Jugendrates vorsehe, es aber bislang diesbezüglich keine Initiative seitens der Jugendlichen gegeben habe.

Frau Rawe meint, dass die Initiative von den Jugendlichen ausgehen soll-

te und sie deshalb kein Verständnis dafür habe, dass der Anregung bereits eine fertige Satzung beigelegt ist. Dennoch wäre sie dafür, wenn sich der Ausschuss für Jugend, Familie, Senioren und Kultur grundsätzlich mit der Thematik beschäftigen würde. Ggf. sollten Herr Tschesche oder die Schulsozialarbeiterin über die Stimmung bei den Jugendlichen zu diesem Thema vortragen.

Frau Mollenhauer schließt sich der Meinung von Frau Rawe an, dass der Vorschlag zur Einrichtung eines Jugendrates von den Jugendlichen selbst kommen sollte und nicht von der Familienpartei.

Herr Tauber führt an, dass aufgrund der Hauptsatzung bereits die Möglichkeit zur Einrichtung eines Jugendrates bestehe und deshalb die Anregung nur abgelehnt werden könne.

Frau Bosse führt aus, dass trotz großer Anstrengungen bisher kein Jugendrat initiiert werden konnte und man das akzeptieren müsse. Dennoch sollte die Thematik im Fachausschuss aufgegriffen und die Schulen eingebunden werden.

Herr Geuking entgegnet, dass der Anregung keine fertige Satzung, sondern nur ein Satzungsentwurf beigelegt sei. Er appelliere an alle Ratsmitglieder, wenigstens dem ersten Teil der Anregung zu folgen und die Gründung eines Jugendrates der Stadt Billerbeck zu beschließen.

Frau Dirks erläutert noch einmal, dass bereits massive Anstrengungen zur Einrichtung eines Jugendrates unternommen wurden. Die Jugendlichen hätten sich in einer Befragung aber an erster Stelle einen Jugendtreff gewünscht.

Frau Rawe macht deutlich, dass nicht der Rat, sondern der Ausschuss für Jugend, Familie, Senioren und Kultur über ein Jugendparlament entscheide und wenn seitens der Jugendlichen der Wunsch zur Gründung eines Jugendparlaments geäußert werde, dann werde dieses sicherlich auch eingerichtet.

Herr Brockamp stellt den Antrag auf Abstimmung.  
Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Frau Dirks lässt über die Anregung des Herrn Geuking abstimmen.  
Die Anregung wird mit **1 Ja-Stimme, 25 Nein-Stimmen abgelehnt**.

## **16. Anregung gem. § 24 GO NW vom 12.03.2013 hier: Fracking im Münsterland**

Herr Maas begründet seine Anregung, indem er sie verliest.  
Frau Dirks weist Herrn Maas auf das Zeitlimit hin.

Herr Becks verweist auf den bereits gefassten Ratsbeschluss vom 18.10.2011 mit dem das Fracking auf Billerbecker Stadtgebiet einstimmig

abgelehnt wurde. Da dieser Beschluss Bestand habe, müsse über die Anregung des Herrn Maas heute nicht diskutiert werden.

Herr Geuking moniert den Umgang mit Anregungen, die von einzelnen Abgeordneten vorgebracht werden.

Herr Flüchter sieht es als sinnvoll an, wenn im Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten über den aktuellen Sachstand berichtet würde.

Frau Dirks erklärt, dass hierzu ein Fachmann hinzugezogen werden müsste.

Herr Tauber unterstreicht unter Bezugnahme auf die o. a. Kritik des Herrn Geuking, dass hier ohne Ansehen der Personen diskutiert und beschlossen werde.

Frau Dirks lässt über die Anregung vom 12.03.2013 abstimmen.  
Die Anregung wird bei **1 Ja-Stimme, 21 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen abgelehnt.**

#### **17. Anregung gem. § 24 GO NW vom 12.03.2013 Förderung der Innenstadt**

Herr Maas begründet seine Anregung, indem er sie verliest.  
Des Weiteren legt er dar, dass die Bürgermeisterin ihn zweimal zur Rücknahme seiner Anregung aufgefordert und sie ihn außerdem auf seine Befangenheit hingewiesen habe.  
Dann erklärt sich Herr Maas für befangen und begibt sich in den Zuschauerraum.

Frau Dirks stellt richtig, dass sie Herrn Maas nicht zur Rücknahme seiner Anregung gebeten, sondern ihn darauf hingewiesen habe, dass die Anregung nicht mit dem Vorhaben der Bürgerstiftung übereinstimme.

Herr Schlieker bezeichnet die Anregung als inakzeptabel, u. a. weil sie nicht mit der Bürgerstiftung abgestimmt sei.

Frau Mollenhauer lehnt die Anregung ebenfalls ab, weil sie nicht mit der Bürgerstiftung abgesprochen sei.

Herr Dittrich äußert erhebliche rechtliche Bedenken bzgl. einer finanziellen Unterstützung seitens der Stadt.

Frau Dirks lässt über die Anregung vom 12.03.2013 abstimmen.  
Die Anregung wird mit **24 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung abgelehnt.**

#### **18. Mitteilungen**

**18.1. Glascontainer - Frau Dirks**

Frau Dirks teilt zur Anfrage von Herrn Becks bzgl. der Dämmung der Öffnungen von Glascontainern mit, dass nach Rücksprache mit dem zuständigen Entsorger die vorhandenen Container nach und nach mit Gummieinsätzen ausgerüstet würden.

**18.2. Winterdienst auf der L 506 - Herr Mollenhauer**

Herr Mollenhauer bezieht sich auf den Hinweis des Herrn Dr. Meyring in der Ratssitzung vom 13.12.2012, dass die L 506 morgens nicht gestreut gewesen sei und teilt hierzu mit, dass der Hinweis an den Landesbetrieb weitergegeben wurde.

**18.3. Beleuchtung Oberlau-Brücke - Herr Mollenhauer**

Zum Hinweis des Herrn Dittrich in der Ratssitzung vom 05.02.2012 zur Beleuchtung der Oberlau-Brücke teilt Herr Mollenhauer mit, dass nun keine Nachtabenkung mehr erfolge und die Beleuchtung im Frühjahr nochmals komplett durchgeprüft werde.

**18.4. Mehrgenerationenpark Rosendahl - Herr Mollenhauer**

Herr Mollenhauer führt aus, dass er aufgrund der Nachfrage von Herrn Dittrich in der Ratssitzung am 05.02.2012 bei der Gemeinde Rosendahl um Informationen zum Generationenpark gebeten habe. Diese habe auf die Pläne und Ausführungen auf der Rosendahler homepage verwiesen. [www.rosendahl.de](http://www.rosendahl.de) – Familie und Generationen – Generationenpark Holtwick bzw. Generationenpark Darfeld.

**18.5. Fuß-/Radweg Steenpättken - Herr Mollenhauer**

Herr Mollenhauer bezieht sich auf den Hinweis des Herrn Dittrich in der Ratssitzung vom 05.02.2013 zum schlechten Zustand des Steenpättkens zwischen Spielplatz und Beerlager Straße und teilt mit, dass sich der Randstein zur Bahntrasse verschiebe und vom Bauhof sukzessive nachgearbeitet werde.

**18.6. Gefällte Bäume - Herr Mollenhauer**

Zur Anfrage von Frau Bosse in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt-,

Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten am 28.02.2012, ob es sich bei der gefällten Eiche gegenüber der Einfahrt zum Anwesen Langenhorst 2 um einen privaten oder öffentlichen Baum gehandelt habe, teilt Herr Mollenhauer mit, dass die Eiche auf dem Grundstück des Landesbetriebes gestanden habe.

Frau Bosse bittet zu recherchieren, warum der Baum gefällt wurde. Herr Mollenhauer sagt zu, beim Landesbetrieb nachzufragen.

#### **18.7. Rotdornbäume Friedhofstraße - Herr Mollenhauer**

Aufgrund des Hinweises von Herrn Brockamp im Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten am 28.02.2013, dass Anwohner darauf aufmerksam gemacht hätten, dass die Rotdornbäume an der Friedhofstraße noch nie beschnitten wurden und deren Wuchs relativ unschön sei, teilt Herr Mollenhauer mit, dass der letzte Schnitt vor 5 Jahren erfolgt sei. Die Bäume würden nach der Blüte beschnitten.

### **19. Anfragen**

#### **19.1. "Kahlschlag" im Stadtgebiet - Herr Dittrich**

Herr Dittrich verliest folgende schriftlich formulierte Anfrage:

„Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Billerbeck ist entsetzt über die Art und den Umfang der im Vormonat auf dem Stadtgebiet durchgeführten Baumfällaktionen, die in Teilbereichen durchaus den Namen „Kahlschlag“ verdient.

Es ist richtig, dass der Umwelt- und Denkmalausschuss in der Sitzung vom 27.11.2012 über das Fällen einzelner, kranker Bäume informiert wurde. Eine derartige Aktion kann damit jedoch in keiner Weise gerechtfertigt werden. Wir kritisieren – ebenso wie große Teile der Bevölkerung – die Dimension und haben erhebliche Zweifel an der Fällnotwendigkeit zahlreicher Bäume. Winfried Rusch, einer der anerkannten Naturschützer in der Stadt hat sich die Mühe gemacht, die entsprechenden Bereiche abzulaufen und kommt auf ca. 50 gefällte Bäume, bei denen er diese Zweifel hat. Fraglich erscheint in diesem Zusammenhang auch die Vergabe der entsprechenden Arbeiten. Hier wurden nach vorliegenden Informationen nicht Fachfirmen, sondern Landwirte beauftragt, die mit dem Holz teilentlohnt wurden. Dass dann eher ein Baum mehr als einer weniger gefällt wird, liegt nahe. Festzustellen ist ferner, dass bei der Gesamttaktion vorliegende Beschlüsse, die z. B. ein abschnittweises Ausdünnen von Wallanlagen vorsehen, ignoriert wurden.

Unsere Frage:

Sieht sich die Verwaltung in der Lage, zukünftig unter Berücksichtigung

der nachfolgenden Forderungen zu verfahren?

- Das Fällen bzw. Ausdünnen von Bäumen bzw. Strauch- und Heckenbereichen erfolgt zukünftig gemäß den Empfehlungen der Naturschutzverbände
- Anerkannte Fachleute bzw. Gutachter werden vor Fällaktionen hinzugezogen
- Die Maßnahmen werden ausschließlich durch Fachfirmen mit entsprechend geeignetem Gerät durchgeführt
- Es wird für Ersatz- bzw. Ausgleichsbepflanzung gesorgt
- Der Fachausschuss wird entsprechend eingebunden, bestehende Beschlüsse werden beachtet.

Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass die Berücksichtigung der o. g. Aspekte im Sinne der Bevölkerung, der Billerbecker Gäste und der Belange des Naturschutzes absolut notwendig und sinnvoll ist für einen staatlich anerkannten Erholungsort.“

Herr Mollenhauer antwortet, dass er das nicht zusagen könne, weil er die Vorgaben nicht kenne. Vor den Rückschnittmaßnahmen habe er sich mit dem Baumkontrolleur der Stadt und dem zuständigen Mitarbeiter vor Ort die zu fällenden Bäume angesehen. Dabei sei auch die untere Landschaftsbehörde eingebunden worden. Danach seien die Maßnahmen im zuständigen Ausschuss vorgestellt und erläutert worden. Aus Sicht der Verwaltung seien die Maßnahmen absolut notwendig gewesen. Auch bitte er um Verständnis, dass die Bepflanzung auf Wallanlagen nicht sukzessive auf den Stock gesetzt werden könne. Außerdem kosteten die Rückschnitte viel Geld, das sicherlich nicht unnötig ausgegeben werde. Wenn jetzt vorgeschlagen werde, Sachverständige hinzuzuziehen, hätte man sich die Ausbildung des städt. Baumkontrolleurs sparen können.

Herr Schlieker bittet darum, die durchgeführten Maßnahmen noch einmal im Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten zu thematisieren.

Herr Tauber führt an, dass lt. Bundesnaturschutzgesetz nur bis zum 1. März Rückschnitte erfolgen dürften, um den Nist- und Brutschutz zu gewährleisten und fragt kritisch nach, warum entgegen dieser Gesetzeslage jetzt noch gearbeitet werde.

Herr Mollenhauer berichtet, dass aufgrund eines Maschinendefektes nicht alle Arbeiten bis Ende Februar erledigt werden konnten. Aus Sicht des Naturschutzes dürfte dies allerdings kein Problem sein, da noch Winter herrsche.

Herr Tauber wirft ein, dass dann eine Genehmigung hätte eingeholt werden müssen.

Abschließend sagt Frau Dirks zu, das Thema für die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten vor-

zusehen und dann auf die aufgeworfenen Fragen einzugehen.

**19.2. Dichtheitsprüfungen - Herr Dr. Meyring**

Herr Dr. Meyring bittet die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen vorzustellen, wie sie mit dem Thema Dichtheitsprüfungen umgehen wolle. Frau Dirks sagt das zu.

**19.3. Fachärzte in Billerbeck - Herr Schlieker**

Herr Schlieker erkundigt sich nach dem Sachstand zu seinem Antrag, einen Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung in den Ausschuss einzuladen.

Frau Dirks berichtet, dass sie erste Gespräche geführt habe, aber in der Sache noch nicht weiter gekommen sei. Sie werde demnächst berichten.

**19.4. Rückschnitte im Bereich Bonackerweg in Richtung Wasserwerk - Frau Köhler**

Frau Köhler fragt kritisch nach, wer für den Kahlschlag der Bäume und Hecken zwischen dem Bonackerweg und dem Wasserwerk verantwortlich sei. Unter der Hecke befinde sich eine große Fläche mit Bärlauch, der keine Sonne vertrage und deshalb auf den Schutz der Hecke angewiesen sei. Sie wolle wissen, was zur Erhaltung des Bärlauchs, der auf der roten Liste stehe, und zur Verhinderung der Erderosion unternommen werde.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass ein Landwirt die stark ausgetriebenen Heckenpflanzen beschnitten habe.

**19.5. Unrechtmäßige Entsorgung von Gartenabfällen - Herr Dittrich**

Herr Dittrich weist auf Ablagerungen von Gartenabfällen im Bereich der Schautafel über Holzarten am Berkelwanderweg hin und regt die Aufstellung einer Verbotstafel an.

Herr Mollenhauer bittet um entsprechende Hinweise; das Aufstellen von Schildern helfe oft nicht weiter.

Frau Dirks merkt an, dass der Hinweis zum Anlass genommen werden könne, um in einer Pressemitteilung auf die unrechtmäßig entsorgten Gartenabfälle an vielen Stellen im Stadtgebiet hinzuweisen.

**19.6. Dichtheitsprüfungen - Herr Knüwer**

Herr Knüwer weist zur Anfrage von Herrn Dr. Meyring zu Dichtheitsprüfungen darauf hin, dass die FDP hierzu bereits eine Anregung eingebracht habe, die aber für diese Ratssitzung zu spät bei der Verwaltung eingegangen sei. Er schläge vor, die Anregung gemeinsam mit der Anfrage des Herrn Dr. Meyring an den Betriebsausschuss zu verweisen.

Frau Dirks weist darauf hin, dass die Anregung formal erst auf die Tagesordnung des Rates gesetzt werden müsse.

**19.7. Auf-den-Stock-setzen von Hecken - Herr Geuking**

Herr Geuking erkundigt sich, wer den Landwirt mit dem Roden der Hecke vom Bonackerweg zum Wasserwerk beauftragt habe und ob dieser eine Genehmigung hierfür gehabt habe.

Frau Dirks bestätigt das und teilt mit, dass die städt. Mitarbeiter oft durch Landwirte unterstützt würden.

**19.8. Entsorgung des Schlagabraums- Herr Kleideiter**

Herr Kleideiter erkundigt sich, wie der Schlagabraum der Fällaktionen entsorgt worden sei.

Herr Mollenhauer berichtet, dass mehr als 90% in das Eigentum derjenigen übergegangen sei, die die Maßnahmen durchgeführt hätten.

**19.9. Sachstand zur Ansiedelung eines Drogeriemarktes - Herr Maas**

Von Herrn Maas nach dem Sachstand befragt, berichtet Frau Dirks, dass es konkret Kontakte zwischen einem potentiellen Vermieter und einem Beauftragten von Rossmann gebe.

Auf die Nachfrage von Herrn Maas zu DM teilt Frau Dirks mit, dass das Potential nicht ausreiche.

**19.10. Anregung zur Wirtschaftsförderung - Herr Maas**

Herr Maas fragt kritisch nach, wann seine Anregung zur Wirtschaftsförderung im HFA behandelt werde.

Frau Dirks führt aus, dass diese Anregung im Zusammenhang mit dem Innenstadtkonzept gesehen werde und man sich mitten in der Diskussion befinde.

Herr Maas wirft ein, dass Wirtschaftsförderung etwas anderes sei als das Innenstadtkonzept.

### **19.11. Gefahrensituation Bonackerweg/Bahnübergang - Herr Dübbelde**

Herr Dübbelde weist darauf hin, dass Stacheldraht von einer ehemaligen Einzäunung im Bereich Bonackerweg/Bahnübergang Weihgarten dringend entfernt werden müsse.

Verwaltungsseitig wird Überprüfung und ggf. Abhilfe zugesagt.

### **19.12. Auf-den-Stock-setzen von Hecken - Herr Tauber**

Herr Tauber fragt kritisch nach, ob die Verwaltung ausschließen könne, dass der mit dem auf-den-Stock-setzen von Hecken beauftragte Unternehmer nicht mehr gemacht habe als tatsächlich nötig gewesen wäre.

Herr Mollenhauer versichert, dass die Unternehmer das ausgeführt hätten, was notwendig gewesen sei.

Herr Tauber fragt nach, ob der Verwaltung der Beschluss bekannt sei, dass die Bepflanzung des Walls am Dreitelkamp nur abschnittsweise auf-den-Stock-gesetzt werden soll.

Herr Mollenhauer räumt ein, dass ihm der Beschluss nicht präsent gewesen sei.

## **20. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck**

**Frau Dieckmann**, Mitglied des Arbeitskreises, stellt voran, dass sie sich über die Zeitungsmeldung gewundert habe, wonach der Arbeitskreis mehrheitlich über das Raumkonzept entschieden habe. Das könne sie so nicht bestätigen. Sie befragt die Bürgermeisterin, wie sie ihre Position in der weiteren Vorgehensweise sehe.

Frau Dirks führt aus, dass ihr der Beschluss des Arbeitskreises bekannt sei, sie aber in der Zwischenzeit noch nicht mit den Schulleiterinnen über die weitere Vorgehensweise habe sprechen können.

Frau Dieckmann erklärt, dass ihr klar sei, dass der Schulträger über das Raumkonzept entscheide, auch ohne dass ein Arbeitskreis beteiligt werde. Sie befragt die Bürgermeisterin, ob sie der Meinung sei, dass die Schüler, speziell die Realschüler, glücklich seien mit dieser Entscheidung, oder ob sie vielleicht auch glaube, dass diese resigniert hätten, weil sie für sich sowieso keine Chance gesehen hätten, etwas zu ändern.

Frau Dirks merkt an, dass es jetzt darum gehe, den Schülern das Raumkonzept und die Umsetzung zu vermitteln.

Frau Dieckmann äußert sich abschließend enttäuscht über die Art und Weise des Ablaufes.

**Herr Winfried Rusch** bezieht sich auf die Baumfällaktion und verweist auf das Naturschutzgesetz, wonach Wallhecken schonend beseitigt werden sollen. Es sei sehr ärgerlich, dass z. B. die Bepflanzung unterhalb von Möllerings Hügel so radikal abgesägt worden sei.

Frau Dirks führt aus, dass Herr Mollenhauer bereits bei den Anfragen versucht habe, die Fragen zu beantworten und außerdem die Maßnahmen im Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten noch einmal thematisiert würden.

Frau **Annette Hemsing** erkundigt sich, wer die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte bestimme. Sie sei davon ausgegangen, dass ein neu eingeschobener Tagesordnungspunkt (Raumkonzept Schulzentrum) an den Schluss der Tagesordnung gesetzt werde.

Frau Dirks erläutert, dass die zu Beginn beschlossene Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Raumkonzept Schulzentrum“ nach vorne gesetzt worden sei, damit die Zuhörer nicht unnötig warten müssen. Ihr hätten keine Informationen darüber vorgelegen, ob und wann Eltern/Schüler bzgl. des Raumkonzeptes zur Sitzung kommen wollen.

Der Schüler **Rene Stecking** erklärt, dass er als Mitglied des Arbeitskreises das neue Raumkonzept mit ausgearbeitet habe und fragt nach, warum ihnen keine Zeit gegeben wurde, das Konzept vorzustellen.

Frau Dirks verweist den Schüler auf den Arbeitskreis und die Schule, die Herr des Verfahrens seien.

**Frau Hemsing** fragt nach, ob sich die Bürgermeisterin bei den Schülern dafür entschuldigen werde, dass so vieles schief gelaufen sei.

Frau Dirks räumt ein, dass sie das Ganze falsch eingeschätzt habe und sie sich für diese falsche Einschätzung entschuldige. Sicherlich wäre sie anders vorgegangen, wenn sie gewusst hätte, dass es so ablaufen würde, wie es abgelaufen ist.

**Herr Gerding** bringt vor, dass den Mitgliedern in der Schulpflegschaftssitzung gesagt worden sei, dass das Raumkonzept nicht umgesetzt werde, wenn Eltern, Schüler oder Lehrer hiermit nicht einverstanden wären.

Herr Messing bestätigt, dass er zu dem Zeitpunkt als die Frage an ihn gestellt wurde, was passieren würde, wenn alle Eltern, Lehrer, Schüler dagegen seien, gesagt habe, dass er sich nicht vorstellen könne dass das Konzept dann umgesetzt werde. Er habe aber nicht gesagt, dass die Entscheidung nicht umgesetzt werde, sobald einzelne oder bestimmte Gruppen dagegen seien.

Der Schüler **Rene Stecking** möchte wissen, warum Schüler und Eltern nicht früher informiert wurden.

Frau Dirks wiederholt, dass sie anders vorgegangen wäre, wenn sie vorher von den Problemen gewusst hätte.

**Herr Philippskötter** möchte wissen, wieso hier gesagt werde, dass die Mehrheit für das Raumkonzept gestimmt habe. Eine Umfrage in der Schule sei nach der Befragung in zwei Klassen von der Schulleitung unterdrückt worden. Außerdem sei die Terminierung und die Einladung zu der Sitzung, in der abgestimmt wurde, sehr unglücklich gewesen.

Frau Dirks führt aus, dass die Schule den Arbeitskreis eingesetzt habe. Bei der Abstimmung seien Vertreter des Schulträgers nicht dabei gewesen.

Auf Nachfrage von **Rene Stecking** geht Herr Messing auf die Nutzung der verschiedenen Räume insbesondere des Stufenraumes ein.

Herr **Peter Bigdon** erkundigt sich, wann der versprochene zweite EDV-Raum im Hauptschulgebäude eingerichtet werde und ob sichergestellt werden könne, dass insbesondere in den naturwissenschaftlichen Räumen der Unterricht auch tatsächlich geleistet werden könne.

Herr Messing bestätigt, dass der Berufsorientierungsraum um weitere 10 PC-Plätze erweitert wird. Der Unterricht in den naturwissenschaftlichen Räumen sei in vollem Umfang gewährleistet.

Herr **Roman Gerding** bezieht sich auf seine Nachfrage bzgl. des defekten Zaunes am Regenrückhaltebecken am neuen Friedhof. Er habe mitbekommen, dass Pflanzen und Schilf den Zugang verhindern sollen, frage sich aber, warum nicht einfach 2 m Zaun repariert werden können. Schließlich befinde sich das Regenrückhaltebecken in unmittelbarer Nähe zu einem Wohngebiet mit jungen Familien und einem Kinderspielplatz. Er fragt nach, ob eine Gefahrenanalyse erstellt worden sei.

Frau Dirks führt aus, dass es sich nicht um einen Schutzzaun, sondern um einen Wildschutzzaun handle, der nicht ausgebessert oder erneuert werde. Die Anpflanzungen und die Schilfpflanzen im Uferbereich seien inzwischen so gut und dicht gewachsen, dass eine Gefährdung für Kleinkinder weitestgehend ausgeschlossen werden könne.

